An:

**Betreff:** Stimmen Sie mit „Nein“ zur Krankenhausreform

Sehr geehrte/r …,

am 18. Oktober steht das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) zur Abstimmung. Ich mache mir große Sorgen und wende mich daher an Sie als zuständige/r Bundestagsabgeordnete/r meines Wahlkreises, denn durch die Reform sind 350 bis schlimmstenfalls 657 Krankenhäuser bundesweit akut in ihrem Fortbestand bedroht. Sie sollen zu sogenannten Sektorenübergreifenden Versorgungseinrichtungen umgewandelt werden, das heißt vorwiegend ambulanten Zentren unter pflegerischer statt ärztlicher Leitung. Auch die geplanten Leistungsgruppen sind ein Schließungsinstrument. Anhand bestimmter Kriterien werden die Leistungen in größeren Klinikstandorten konzentriert, die Krankenhauslandschaft wird ausgedünnt. Die wichtige Basisnotfallversorgung wird vielerorts wohnortnah nicht mehr angeboten. Zu den neu geplanten Vorhaltepauschalen ist mittlerweile bekannt, dass sie wie die Fallpauschalen nach Fallzahlen kalkuliert werden. Das limitierte Budget wird nicht zur Deckung der entstehenden Kosten reichen, sondern funktioniert wie das altbekannte Hamsterrad der DRG-Finanzierung.

Auch die am 8. Oktober von den Regierungsfraktionen präsentierte finale Version des Gesetzes beinhaltet keine substantiellen Verbesserungen im Vergleich zum ursprünglichen Gesetzesentwurf.

Die Zentralisierung bedroht sowohl die Bevölkerung auf dem Land als auch die Bevölkerung in den Städten. Denn es wird durch die Klinikschließungen in den verbleibenden Krankenhäusern eng. Längeren Wartezeiten sind unausweichlich. Welche Folgen Krankenhausschließungen haben, lässt sich gut anhand der Videosammlung vom Bündnis Klinikrettung nachvollziehen. In den empfehlenswerten Videos kommen Betroffene bedrohter und geschlossener Krankenhäuser zu Wort. Vielleicht auch eine Hilfe bei der Entscheidung, wie Sie persönlich abstimmen werden: <https://www.gemeingut.org/infothek/audiovideo/>

Das Bündnis Klinikrettung wurde als Sachverständiger zur Anhörung des KHVVG im Gesundheitsausschuss des Bundestags am 25. September eingeladen. Es hat eine schriftliche Stellungnahme dazu verfasst und die Kritik, die auch ich vertrete, dort formuliert: <https://www.bundestag.de/resource/blob/1020434/0478d53ecea0135a4cc83623e94c6908/20_14_0220-40-_SV-Laura-Valentukeviciute.pdf>

Die geplante Krankenhausreform wird schwerwiegende Folgen für die Krankenhaus- und Notfallversorgung in unserer Stadt und in den umgebenden Landkreisen haben, deswegen fordere ich Sie auf, dem Gesetz im Bundestag nicht zuzustimmen.

Ich freue mich auf Ihre Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen